



Günter Ederer
21. 08. 2015

Die Verstaatlichung der Familie

(Ein Essay in 3 Teilen)

Elternwille und Welpenschutz (Teil3)

Was haben kinderlose Frauen, gleichgeschlechtlich orientierte Mitbürger und katholische Geistliche gemeinsam? Sie alle haben (offiziell) keine Kinder, reden, schreiben und diskutieren aber intensiv darüber, was für Kinder gut ist. Und das können sie ausgiebig tun, weil sie ja viel Zeit haben. Eine Familie stört sie bei der Karriere jedenfalls nicht. Dass sie keine persönlichen Erfahrungen mit den Freuden und Leiden einer Vater-Mutter-Kinder-Familie haben, macht sie fast alle zu Befürwortern der staatlichen Fürsorge. Bei den Katholiken ist das etwas anders – die haben aber ein Problem mit Vätern und Müttern, die schon einmal gescheitert waren.

Nicht zuletzt haben mich einige Artikel vom Spiegel bis zum Schweizer Monatsblatt und der Welt von der früheren Vorsitzenden der Hayek-Gesellschaft Karen Horn dazu bewogen, mich mit der faszinierenden aber auch beängstigenden Meinungsmache zu beschäftigen, die sich rund um das Betreuungsgeld-Urteil aus Karlsruhe breitmacht. Da wird jeder, der das Wohl der Kleinstkinder wenigstens dem Wohl der emanzipierten Frau gleichstellt, sofort als Reaktionär verunglimpft, der die Frau wieder an den häuslichen Herd verbannen will. An welchen Herd denn bitte schön. Vielleicht noch an die häusliche Mikrowelle, wo die Fertigpizza aufgewärmt wird. Vielleicht haben Frau Horn und ihre Mitstreiter noch nicht mitbekommen, dass Kochen längst eine Domäne des Macho-Mannes ist, wie die vielen Sendungen in ARD und ZDF zeigen. In welcher Welt leben die denn.

In den Horn-Pamphleten stand auch, dass es Tendenzen in der Hayek-Gesellschaft gäbe, die Zeit zurückzudrehen. Wer gegen die Verstaatlichung der Kindererziehung und Rücksicht auf das Wohl der Kleinkinder fordert dem unterstellt sie, er würde „die christliche Familie als Keimzelle der Nation“ fordern und mit der „natürlichen Bestimmung der Frau“, diese wieder an den heimischen Herd zurückdrängen. Das wird dann im Spiegel mit Namen ergänzt: zum Beispiel Dr. Birgit Kelle und Hedwig von Beverfoerde, die dann gleich in

die Nähe der nationalen Frontfrau der AfD, Beatrix von Storch gerückt werden, obwohl beide nie Mitglied der AfD waren.

Bevölkerungspolitik, Frauenförderung, Geschlechtsanpassung, Arbeitsmarktprobleme, alles läuft durcheinander, wenn es darum geht, Kritiker der staatlichen Kinderbetreuung in eine rechtsradikale oder reaktionäre Suppe zu tunken.

Aber es ist doch verblüffend, dass diejenigen, die weniger Staat, mehr Freiheit und weniger Bevormundung fordern, plötzlich die Reaktionäre sind, und dies von Bannerträgern des wirtschaftlichen Liberalismus, zu denen sich auch Frau Dr. Karen Horn und der mit ihr aus der Hayek-Gesellschaft ausgetretene Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Prof. Dr. Michael Hüther zählen.

Dabei zeigt doch gerade der Tarifkonflikt über die Einkommen der Erzieher und Betreuer in den Kitas und Kindergärten, wohin die staatliche Übernahme der Erziehungs- und Betreuungsverantwortung führt. Am Anfang stehen die hehren Versprechungen, dass jedes Kind, für das die Eltern es wünschen ab dem ersten Lebensjahr auch ein Betreuungsplatz zur Verfügung steht. Die Bundesregierung hat das beschlossen, die Gemeinden müssen es bezahlen. Dieses Versprechen wurde dann auch noch in eine einklagbare Garantie verwandelt. Seither boomt der Bau von Kinderbetreuungsplätzen aller Varianten. Viele Länder und Kommunen überboten sich dabei noch, indem sie auf Elternbeiträge ganz oder teilweise verzichteten.

Was dabei übersehen wurde, ist die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Es gibt jetzt zwar viele neugebaute tolle Kindergärten und Kitas, aber es fehlt an Personal, vor allem an qualifiziertem Personal, das die hohen Ansprüche der Eltern erfüllen kann. Was knapp ist, wird teuer – das stimmt sogar für die ziemlich sozialistische Erziehungsindustrie. Also verlangen die Beschäftigten mehr Geld – aber nicht etwa von den Eltern, deren Kinder sie betreuen, sondern vom Staat, der sich anmaßt, für die Kindererziehung zuständig zu sein. Und der hat kein eigenes Geld und kann deshalb die ziemlich ausgefallenen Forderungen von 10% nicht erfüllen. Jetzt streiken die Erzieher gegen den Staat - aber ausbaden müssen das die Eltern und die wollen auch nicht mehr zahlen.

Die beachtlichen Einkommensverbesserungen, die die Gewerkschaften für die Erziehungsberufe fordern und für die die Eltern so viel Verständnis zeigen, beweisen auch, was Eltern leisten, die ihre Kinder selbst betreuen – oder wird nur der anerkennt, der diese Verantwortung außer Haus von Fremden

erbringen lässt? Die Häme und Beschimpfung von Müttern und Vätern, die ihr Kind in einer „traditionellen“ Familie aufwachsen lassen, zeigen, dass in unserer Gesellschaft etwas völlig schief läuft, wenn Eigenverantwortung mit Geldentzug (Betreuungsgeld) und Niedertracht (Herdprämie) verunglimpft wird, und der gleichzeitig Staat alles tut, um die Erziehungsgewalt schon über Kleinstkinder zu übernehmen.

Was wir hier erleben, ist ein klassisches Dreieckverhältnis, eine Konstellation, die eigentlich nie gut ausgeht. Zwei einigen sich zulasten eines Dritten. Da darf es dann ruhig ein bisschen mehr sein. Im Moment geht es darum, dass der Staat von den Beschäftigten finanziell und von den Eltern politisch unter Druck gesetzt wird. Dauert die Auseinandersetzung an, werden die Beschäftigten vom Staat finanziell und von den Eltern moralisch angegriffen. Wie immer aber eine finanzielle Lösung aussehen wird, am Ende wird sich der Staat das Geld wieder bei den Eltern holen – und deren Verwandten, bei Omas, Opas und vor allem bei kinderreichen Familien. Warum das so ist, beschreibe ich noch.

Die Lösung: Die Eltern müssen mit den Betreuern und Erziehern ihrer Kinder selbst verhandeln. Aber das lehnen natürlich alle ab, weil das klare Verantwortungsstrukturen beinhaltet und politische Wohltaten sich in Luft auflösen. Die Verstaatlichung der Erziehung hat für die Eltern natürlich auch Vorteile: Versagen die Kinder in der Ganztagschule, trägt die die Verantwortung. Sie haben ja die Erziehung delegiert. Ist das Schulessen nicht gut genug: Sind die Caterer Schuld, die für rund zwei Euro pro Essen wahre Wunder der Vielfalt, Biokost und sehr individuellen Geschmacksrichtungen liefern sollen. Und genau so ist es in den Kleinstkind- und Kinderbetreuungseinrichtungen. Höchstens drei Kinder im Wickelalter soll eine möglichst speziell für dieses Alter ausgebildete Fachkraft versorgen. (Das sind immer noch zwei mehr, als eine Mutter schafft, wenn sie nicht gerade Drillinge hat). Und so geht das bis in das Vorschulalter. Geht was schief, sind nicht mehr die Eltern, sondern die staatlichen Einrichtungen Schuld. Die zurzeit betriebene Aushöhlung und Diffamierung der Familie erzieht genau das Verhalten und den Menschentyp, der nicht mehr aus eigenem Antrieb handelt, sondern Verantwortung delegiert.

Es wäre aber unlauter, diejenigen anzugreifen, die noch mehr staatliche Leistungen verlangen und gleichzeitig nur eine Umwidmung der Gelder von öffentlichen Einrichtungen auf die einzelne Familie vorschlagen. Wenn wir festhalten, dass über 200 Milliarden Euro Familiensubventionen im Jahr die Geburtenquote nicht erhöht und die soziale Lage der mehrköpfigen Familien nicht verbessert haben, dann wäre es doch wohl an der Zeit, den Rückzug des Staates zu fordern. Denn er verteilt ja nur scheinbar zugunsten der Kinder um. Trotz aller Pressemeldungen nach jeder neuen Leistung, jetzt würde die

Geburtenrate steigen, jetzt ergäben sich neue Freiheiten für die Frau haben sich zwei Tatsachen nie geändert: Der kinderlose weibliche oder männliche Single und das kinderlose Paar sind die wahren Nutznießer unseres Umverteilungsstaates. Trotz weitgehend kostenloser Bildung bis hin zur gebührenfreien Universität muss eine Familie bis zum Abschluss eines Studiums immer noch 250 000 Euro aufbringen. Geld das die Kinderlosen in ihre Ferienwohnung am Mittelmeer, ihre Penthouse in der Stadt und in ihre Biolebensmittel investieren kann. Sie haben auch das Geld für die hochsubventionierten Investitionen in Wind- und Solaranlagen. Sie haben eine lückenlose Erwerbsbiografie und deshalb höhere Altersbezüge. Ihre Weltreisen beginnen schon mit jungen Jahren und enden später als Stammkundschaft auf den Kreuzfahrtschiffen. In den Vierteln in denen dieses Klientel wohnt, feiern die „Grünen“ ihre Wahlerfolge.

Wenn die Singles ins Alter kommen, sorgen die sozialen Sicherungssysteme, dass sie keinerlei Nachteile haben. Für diese Kosten kommt dann der Nachwuchs der Kollegen auf, die ihre Verantwortungsbereitschaft und Liebe zu Kindern mit Zeit, Geld und Karriereeinschränkungen bezahlt haben. Der einzige Unterschied bisher: Kinderlose müssen 0,2% mehr in die Pflegekasse zahlen. Während Familien immer noch über 80% der Pflege untereinander leisten, werden die Singles einmal voll auf die Gesellschaft angewiesen sein. Der erste Schritt wäre also, den Beitrag der Pflegeversicherung für Kinderlose auf mindestens 2% des Einkommens zu erhöhen – wenn das reicht.

Japan, das mit einer noch schnelleren Überalterung zu kämpfen hat als wir und gleichzeitig jede Einwanderung unterbindet, hat einmal Berechnungen angestellt, ob der richtige Ansatz nicht wäre, Kinderlose ab dem 40 Lebensjahr aus den Generationen überlappenden Sozialleistungen, wie Rente und Krankenversicherungen auszuschließen, weil sie den Generationenvertrag kündigen. Die dafür zuständige Kommission hat festgehalten, dass es nur zwei Vorsorgemöglichkeiten fürs Alter und für die Zukunft eines Staates gibt: Kinder oder Kapital. Wer also keine Kinder hat, muss Kapital fürs Alter bilden. Erste Berechnungen und Ergebnisse dieses sehr radikalen aber logischen Ansatz zeigten, dass es dann teurer würde, keine Kinder zu haben. Das Argument, sich ein besseres Leben ohne die Verantwortung für Kinder leisten zu können, entfällt.

Die Politiker werden mir sagen: Mit einem solchen Programm können Sie keine Wahl gewinnen. Also wurschteln sie weiter und verteilen Milliarden ohne Ergebnis, was die Geburtenquote betrifft und verheerende Ergebnisse, was das Wohl der Kleinkinder und die Stärkung der Familien, wie wir sie immer noch bezeichnen und die Gleichstellung der Frauen in der Gesellschaft betrifft. Statt den Eltern soziale Wohltaten vorzugaukeln, sollten sie sie lieber durch massive

Steuererleichterungen im unteren und mittleren Bereich in die Lage versetzen, sich selbst zu helfen. Dazu gehören auch eine Absenkung der Verbrauchssteuern und Gebühren über die sich der Staat wieder holt, was er dann verteilt. Eine mehrköpfige Familie zahlt mehr Steuern als ein Single – sie braucht mehr Wasser, mehr Strom, mehr Transport, mehr Nahrungsmittel, mehr Kleidung – für alles sind Mehrwertsteuern fällig. Bis weit in die Facharbeiterschicht sind sie die wahren Trottel der Nation. Ihnen würden, wie ausgeführt eine massive Steuer- und Gebührensenkung helfen und das muss ergänzt werden durch kostendeckende Beiträge für die Sozialleistungen an die Singles, die nicht mehr auf die Transferzahlungen im Alter von den Kindern ihrer Kollegen und Verwandten rechnen können.

Im Moment haben diejenigen mehr politischen und publizistischen Erfolg, die mehr Staat, mehr Bildung im marxistischen Sinne, gegen Familienstrukturen und Kleinkinderwohl polemisieren. Sie vernebeln dies, mit Gleichberechtigungsfloskeln, mit der Diffamierung von verantwortungsvollen Müttern und Vätern und mit der Warnung von Reaktionären die die Mitte unterwandern. Unter den Propagandisten sind besonders viel kinderlose Frauen, waschechte Marxisten und Wirtschaftslobbyisten, die sich gern mit ihrer Liberalität brüsten, weil sie ja schließlich die Ehe für alle Lebensformen öffnen wollen. Dabei hat das eine mit dem anderen rein gar nichts zu tun. Die liebevolle Fürsorge für Säuglinge und Kleinstkinder ist nicht ein Merkmal christlicher Fundamentalisten. Diese Fürsorge für Kinder ist universell, ein tief verwurzelter Instinkt, deren Liebe und Sicherheit das ganze Leben bestimmt. Unmenschlich ist es aber, einen dreimonatigen Säugling um 5 Uhr früh zu wecken, um ihn in die Krippe abzugeben.

Wenn es sich um Hunde handeln würde, würden die Tierschützer eingreifen. Denn für junge Hunde, die noch auf die Mutter angewiesen sind, gibt es einen Welpenschutz.

ENDE

Helpen Sie uns Die ACHSE DES GUTEN noch besser zu machen und auszubauen!

Spendenkonto
Kontonummer: 4801474
Augusta-Bank, Augsburg
Bankleitzahl 720 900 00
Internationale Bankleitzahl BIC GENODEF1AUB
Internationale Konto-Nr. IBAN DE27720900000004801474